

Paulus kennt keine nationalen Grenzen

Was ist wichtiger: Religion oder Nation? – Vertreter der Glaubensgemeinschaften suchen Antworten • Von Doris Stickler

FRANKFURT. Die Evangelische Pfarrstelle für Interreligiösen Dialog, die Katholische Akademie Rabanus Maurus und die Katholische Erwachsenenbildung setzen ihre Reihe »Heilige Texte« fort. Zum Auftakt der aktuellen Staffel widmeten sich in der Evangelischen Akademie Frankfurt Vertreter aus Judentum, Christentum und Islam dem Begriff der Nation.

Die Bildung der europäischen Nationalstaaten ging mit dem Versprechen einher, allen Bürgern unabhängig von ihrer Religion die gleichen Rechte zu gewähren. Das schloss freilich auch die gleichen Pflichten ein. So kämpften während des Ersten Weltkriegs unter anderem französische Juden gegen deutsche Juden. Zu letzteren gehörte Roberto Fabians Großvater, den der Leiter der jüdischen Volkshochschule Frankfurt als »urdeutsch« in Erinnerung hat. Für seine Verdienste ausgezeichnet, sei er wie die meisten jüdischen Kriegsveteranen lange davon ausgegangen, dass man im Nationalsozialismus die bezeugte Vaterlandstreue anerkennen würde.

Obgleich Juden wiederholt »auf dem Altar der Nation ihre Identität geopfert« haben, zieht Fabian den »neutralen Rechtsstaat« allen anderen Staatsformen vor. »Der Staat muss im Vordergrund stehen«, so der Historiker, der den »Westfälischen Frieden« in dieser Hinsicht als wegweisen-

den Schritt begreift. Er könnte sich »niemals wünschen, dass Religion zu viel Macht erhält« und dadurch etwa jüdischen Fundamentalisten erlaubt wäre, auf ihn oder seine Kinder Einfluss zu nehmen. Hatten die Gründer Israels noch einen modernen Verfassungsstaat im Sinn, amtiert zu Fabians Bedauern dort gegenwärtig eine »rechte Regierung, die keinen Ausgleich sucht und arabische Muslime diskriminiert«.

Wohin es führen kann, wenn Religion vor der Nation rangiert, machte der Pfarrer der griechisch-orthodoxen Kirche in Frankfurt, Athenagoras Ziliaskopoulos, am Beispiel des Völkertauschs klar. Anfang der 1920er Jahre habe man alle muslimischen Griechen in die Türkei und alle christlichen Türken nach Griechenland verfrachtet – ohne Rücksicht auf deren Sprache und Tradition. Als sich im 19. Jahrhundert die Nationalstaaten auf dem Balkan konstituierten, seien dagegen ethnische Zugehörigkeiten die ausschlaggebenden Kriterien gewesen.

Ziliaskopoulos, der sich seit Jahren im interreligiösen Dialog engagiert und bis 2013 Vorsitzender des Frankfurter Rates der Religionen war, sieht den Begriff Nation eigentlich im Widerspruch zur christlichen Lehre stehen. Zwar habe »Petrus die Christen als besonderes Volk« betrachtet und damit letztlich der Herausbildung nationaler Kirchen wie die der Kopten oder der Armenier den Weg bereitet. Paulus jedoch



Foto: Doris Stickler

Vertreter der Religionen: Roberto Fabian (von links), Mohammed Johari und Athenagoras Ziliaskopoulos.

machte den Galatern klar: »Es gibt nicht mehr Juden noch Griechen, nicht mehr Sklaven noch Freie, nicht mehr männlich noch weiblich, denn ihr seid alle einer in Christus Jesus«. Nationale Grenzen hätten für den Apostel keine Rolle bei der Verbreitung des Evangeliums gespielt.

Generationenwechsel in muslimischen Gemeinden

Denen werde auch im Islam wenig Bedeutung beigemessen, klärte Mohammed Johari vom Frankfurter Verein Islamische Informations- und Serviceleistungen (I.I.S.) die Besucher der Reihe »Heilige Texte« auf. Egal an welchem Ort Muslime lebten, welche Sprache sie sprechen oder

welcher Kultur sie entstammen – sie gehören der »Umma«, der weltweiten Glaubensgemeinschaft, an. Johari selbst fällt schon aus familiären Gründen eine nationale Bindung schwer. Mit einem indischen Vater und einer deutsch-amerikanischen Mutter und verheiratet mit einer Polin, kennt er Heimatgefühle nur gegenüber seiner Geburtsstadt Frankfurt.

Was den über soziale Arbeit in Moscheegemeinden promovierenden Sozialpädagogen ärgert, ist die »verbreitete Meinung, der Islam könne keinen Rechtsstaat gebären«. Dabei habe schon der Prophet Mohammed in Medina eine Art Gesellschaftsvertrag formuliert, der Juden, Muslimen und Götzendienern gleiche Rech-

te verbürgte. Mit Blick auf die Situation der Muslime hierzulande zeichnen sich für Johari deutlichen Veränderungen ab. Durch den Generationenwechsel würden die Gemeinden künftig vor allem von deutschsprachigen und zum Teil gut verdienenden Mitgliedern geprägt.

Für umso wichtiger hält es Roberto Fabian, dass »Muslime selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft« werden. Das würde nicht zuletzt der »Friedens- und Demokratieforderung« verlangen. Wie er bei der Diskussion in der Evangelischen Akademie unterstrich, sei der neutrale Rechtsstaat, auf dessen Boden wir uns als Bürger begegnen, ein »hohes Gut, an das wir uns erinnern und das wir schätzen sollten«.